

Rede

Nr. 267/2024

Kiel, 11.12.2024

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Gleiche Bedingungen für alle Schülerinnen und Schüler

„Wir fordern die Landesregierung auf, den Prozess zu Gestaltung nicht nur zu moderieren und finanziell zu unterstützen, sondern die klaren Standards und Rahmenbedingungen für alle Standorte zu formulieren und einzufordern.“

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 15+18 - Guten Ganztage gestalten-
Gemeinsam Qualität weiterentwickeln, Mündlicher Bericht zum
Ganztagsausbau in Schleswig-Holstein (Drs. 20/2714(neu), Drs. 20/2718)

Nun sind es noch eineinhalb Jahre, bis der Rechtsanspruch für den
schulischen Ganztage gelten wird. Aber wo stehen wir jetzt? Fakt ist, es ist
immer noch eine ganz knappe Nummer mit der Umsetzung des
flächendeckenden qualitativen Ganztages.

Seit Monaten fordern wir Rahmenkonzepte und Standards für die
Durchführung der schulischen Ganztagsbetreuung.

Denn unsere Kinder werden einen großen Teil ihrer unterrichtsfreien Zeit im
Ganztage verbringen, die Zeit, die für Bewegung, Musik, Kultur und soziale
Erfahrung zur Verfügung stehen sollte, damit die ganzheitliche Entwicklung
gefördert wird.

Auch wenn es schon gute Ganztagskonzepte und Kooperation zwischen
Vereinen und Schulen gibt, so finden wir diese häufiger in den
Ballungsgebieten und weniger auf dem Land!

Es müssen aber für alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Bedingungen
gelten, damit die schulische Ganztagsbetreuung als gerechte Bildung Chance



für alle genutzt werden kann.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, den Prozess zu Gestaltung nicht nur zu moderieren und finanziell zu unterstützen, sondern die klaren Standards und Rahmenbedingungen für alle Standorte zu formulieren und einzufordern.

Bereits jetzt gibt es große Unterschiede in der Ganztagsbetreuung. Hier sind wir noch weit entfernt von einer Chancengleichheit und somit von der Bildungsgerechtigkeit.

Wir dürfen die Kommunen mit der Umsetzung und der Herausforderung nicht allein lassen. Auch die Schulträger der Ersatzschulen und der dänischen Schulverein müssen fair in den Prozess mit eingebunden werden.

Besonders in Hinblick auf die Kooperationsvereinbarungen mit externen Vereinen und Organisationen, ist es für die Kommunen leichter ihren Kostenanteil zu leisten, wenn mit den Investitionen in den Ganzttag auch gleichzeitig die gesamte Infrastruktur der lokalen Vereine und Organisation gestärkt wird.

Immer noch gilt es, eine gute Kooperation und einen guten Dialog zwischen allen Beteiligten zu schaffen. Es sind finanziell große Herausforderungen, die von stärkeren und schwächeren Haushalten gestemmt werden müssen. Deshalb freuen wir uns, dass das Land 75% der Betriebskosten übernehmen wir, die 75% müssen allerdings fair berechnet sein. Ähnlich der Pro-Platz-Pauschale im Kita Bereich.

Damit eine flächendeckende Qualität gesichert ist.

Die hohe Priorität der Investitionen sollte hier beim Bund, beim Land und den Kommunen im Fokus stehen. Generell sollte der Bund hier weiterhin vermehrt in die Pflicht genommen werden. Immerhin wurde der Rechtsanspruch auf Bundesebene beschlossen und darf jetzt nicht dazu führen, dass die Länder und Kommunen mit dieser finanziellen Herausforderung zum größten Teil allein fertig werden müssen . Deshalb frage ich noch mal, wie sollen Kommunen verbindliche Planung vollziehen, wenn die Unterstützung des Bunds und Land immer unverbindlicher wird?

Bildung Qualität sollte nicht nur auf Landes- und kommunaler Ebene, sondern auch auf Bundesebene höchste Priorität haben.

